

Vortragender Legationsrat Meynen, Berlin (West), an das Auswärtige Amt

15. Juni 1953 (1)

240-Tgb.Nr. 50/53 Ber.Nr. 9

Betr.: Neue russische Politik in der Sowjetzone

Diese Dienststelle besteht erst seit dem 1. diesen Monats. Zu ihrer Organisation, der Aufnahme des Kontakts mit den zahlreichen Vertretern des öffentlichen Lebens in Berlin und der Sammlung des für die Berichterstattung notwendigen Materials stand daher bisher nur wenig Zeit zur Verfügung. Dennoch solle eine kurze Stellungnahme versucht werden zu dem Thema, das zur Zeit im Mittelpunkt des Interesses steht, nämlich der neuerdings von der Sowjet-Regierung in der Sowjetzone inaugurierten Politik.

Die Tatsachen dürfen als bekannt vorausgesetzt werden. In hiesigen, in- und ausländischen amtlichen Kreisen und in führenden Kreisen der Wirtschaft, des Kulturlebens und der Presse dieser Stadt wird die augenblickliche Lage im wesentlichen wie folgt beurteilt:

Alle Sachverständigen für die Vorgänge im Osten sind sich darüber einig, daß von einer grundsätzlichen Änderung der internationalen Politik Moskaus in ihrer endgültigen Zielsetzung unter keinen Umständen gesprochen werden kann. Lediglich die Methoden wechseln von Zeit zu Zeit, und wir stehen wieder einmal am Anfang einer neuen Periode und einer neuen Methode. Der Kreml braucht noch einige Jahre, um u. a. den Vorsprung des Westens auf dem Rüstungsgebiet einzuholen. Dem Westen gegenüber will man sich verhandlungsfähig machen. Die Mobilisierung des Potsdamer Abkommens (2) ist das nächste Ziel, und gleichzeitig sind die jetzt in der Sowjetzone Deutschlands verfügbaren Maßnahmen, die auf eine Erleichterung des Lebens der örtlichen Bevölkerung hinauslaufen, als Störungsfeuer im Hinblick auf die bevorstehende Bermuda-Konferenz, die Ratifizierung des Bonner Vertragswerks (3) und die Wahlen in der Bundesrepublik (4) gedacht. Dieser Zweck steht ihnen auf der Stirn geschrieben, wenn auch die endgültigen Ziele noch weiter gesteckt sein mögen. Man zweifelt nicht daran, daß der Versuch bis zu einem gewissen Grade Erfolg haben wird, zumal die von dem sowjetrussischen Hohen Kommissar Semjonow eingeschlagene neue Politik in der Sowjetzone als eine weitgehende Unterstützung des Wahlprogramms der Opposition in der Bundesrepublik (5) angesehen wird.

Weitere Maßnahmen im Stile der letzthin verfügbaren werden erwartet. Das würde eine zunehmende Erleichterung der Lebensführung unserer Landsleute in der Sowjetzone zur Folge haben. Man spricht u. a. von der Möglichkeit des Erlasses einer Generalamnestie für alle deutschen Kriegsgefangenen als ein weiterer Pfeil, den Semjonow zunächst noch im Köcher hält. Der hiesige französische Kommandant, den ich in diesen Tagen besuchte, vertrat die Auffassung, daß man jetzt von sowjetrussischer Seite alles erwarten könne, – auch Dinge, die man noch vor 14 Tagen als völlig ausgeschlossen in Abrede gestellt haben würde. So würde er sich nicht wundern, wenn der Kreml plötzlich mit dem Angebot garantiert freier Wahlen in der Ostzone an die Öffentlichkeit treten würde. Dabei wird damit gerechnet, daß die auf Veranlassung Semjonows neuerdings in der Ostzone ergangenen Verordnungen auch in der Praxis im wesentlichen werden durchgeführt werden, – bis zum nächsten Systemwechsel.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
----------------------------------------------	-------------------------	-----------------------------------------------------------

Wie weit man russischerseits in dieser Politik zu gehen beabsichtigt, ist wohl nur den Männern im Kreml bekannt und bis zu einem gewissen Grade wohl auch dem neuen Hohen Kommissar. Die sonst in der Sowjetzone an führender Stelle stehenden Personen, sowohl der sowjetischen Verwaltung als auch der „Regierung“ der Deutschen Demokratischen Republik, scheinen sich jedoch noch völlig darüber im unklaren zu befinden. Anzunehmen sind eine straffere staatliche Zusammenfassung der Ostzone als solcher und erweiterte Vollmachten der Pankower „Regierung“, jedoch in dem Sinne, daß ein Zurückpfeifen seitens des Hohen Kommissariats jederzeit möglich bleibt, sobald irgend etwas geschieht, das nicht in das System paßt. Je nach Gutdünken der Männer im Kreml haben die deutschen ostzonalen Politiker die Rolle von erfolgreichen Staatsmännern oder stümperhaften Anfängern zu spielen.

Die Hand des neuen sowjetischen Hohen Kommissars ist in allen diesen Vorgängen deutlich zu spüren. Vertraulich wurde festgestellt, daß er unmittelbar vor den italienischen Wahlen (6) die entsprechenden Anweisungen an die Pankower „Regierung“ gegeben hat (7). Semjonow gilt als ausgesprochen intelligent, sehr konzilient im Wesen, elastisch in der Verhandlungsführung und als ein besonders guter Kenner deutscher Verhältnisse. Er ist also unter den gegenwärtigen Umständen eher ein gefährlicher Mann.

Die bisherige Wirkung der Vorgänge in der Ostzone besteht zunächst einmal darin, daß allenthalben der Eindruck entstanden ist, daß etwas „in der Mache“ ist. Man durchschaut wohl – besonders auch hier in Berlin – das sowjetische Manöver. Die Flüchtlinge sind ausgesprochen mißtrauisch. Dennoch kann Moskau bereits jetzt den Erfolg für sich buchen, daß in viele Köpfe der westlichen Welt, einschließlich der Wähler in der Bundesrepublik, der Zweifel gesetzt worden ist, ob nicht doch eine Verständigung mit dem Osten im Sinne der Wiedervereinigung Deutschlands und der Erhaltung des Friedens jetzt schon möglich sei. Deutlich treten diese Zweifel auch in den hiesigen alliierten Kreisen in Erscheinung. Dem Französischen Hauptquartier ist eine gewisse Unsicherheit, wie man die derzeitige Lage beurteilen solle, sehr anzumerken. Interessant war in diesem Zusammenhang eine Bemerkung des Generals Manceaux-Demiau in Gegenwart seines diplomatischen Beraters, Christian de Margerie, mir gegenüber dahingehend, daß er letzten Endes eine Lösung aller bestehenden und täglich neu entstehenden Probleme nur in einer Stärkung des Europa-Gedankens sehen könne. In den hiesigen amtlichen englischen Kreisen wird ganz offen gesagt, daß es ein großer politischer Fehler sein würde, wenn man nicht jetzt an die Verwirklichung einer Vier-Mächte-Konferenz herangehe. Demgegenüber verhalten sich die Amerikaner abwartend. Mit einem Zusammenkommen der vier Hohen Kommissare (8) glaubt man hier doch mit ziemlicher Sicherheit noch vor dem Herbst rechnen zu müssen.

Voraussichtlich werden bald die erwarteten unerwarteten Dinge eintreten, und dann wird man klarer sehen.

Meynen

B 11 (Abteilung 3), Bd. 288

Anmerkungen:

1) Hat Legationsrat I. Klasse Bassler am 18. Juni 1953 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Blankenhorn verfügte. - Hat Blankenhorn am 19. Juni 1953 vorgelegen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--------------------------------------------------	-------------------------	---------------------------------------------------------------

- 2) Für den Wortlaut des Kommuniqués über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vom 2. August 1945 vgl. DzD II/1, S. 2101-2148.
- 3) Für den Wortlaut des Generalvertrags vom 26. Mai 1952 und des EVG-Vertrags vom 27. Mai 1952 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 59-341 bzw. S. 345-423.
- 4) Die Bundestagswahlen fanden am 6. September 1953 statt.
- 5) Das Wahlprogramm der SPD, das am 10. Mai 1953 in Frankfurt verkündet wurde, bestand aus zwölf Thesen. Die Forderungen im außenpolitischen Bereich lauteten: „1) Friede und Sicherheit durch Verständigung, nicht Kriegsgefahr durch Wettrüsten; 2) ein geeintes Europa der Freien und Gleichen, nicht ein Teileuropa ohne echte Partnerschaft; 3) Einheit in Freiheit für Deutschland, kein Verzicht auf die Ostgebiete und die Saar“. Vgl. den Artikel „Soziale Forderungen bestimmen SPD-Wahlthesen“; DIE NEUE ZEITUNG vom 11. Mai 1953, S. 1.
- 6) Die italienischen Kammer- und Senatswahlen fanden am 7./8. Juni 1953 statt.
- 7) Der Beschluß des sowjetischen Ministerrats „Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“ wurde dem Generalsekretär des ZK der SED, Ulbricht, dem Vorsitzenden des Ministerrats, Grotewohl, und ZK-Sekretär Oelßner während eines Besuchs in Moskau vom 2. bis 4. Juni 1953 übergeben. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENT VON GROSSER HISTORISCHER BEDEUTUNG, S. 651-654.
- 8) James B. Conant (USA), André François-Poncet (Frankreich), Ivone Kirkpatrick (Großbritannien) und Wladimir Semjonowitsch Semjonow (UdSSR).

[Quelle: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1953, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, Bd I: 1. Januar bis 30. Juni 1953, München 2001, S. 555-557.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--------------------------------------------------	-------------------------	---------------------------------------------------------------